

E 001

Lfd.-Nr. 1048

DGB-Bundesvorstand

**Für einen handlungsfähigen Staat und eine
gerechtere Steuerpolitik**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

**1 Eine gerechtere Steuerpolitik für einen handlungs-
2 fähigen Staat**

3 Deutschland braucht einen handlungsfähigen Staat, der die
4 öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet, in die Infrastruktur
5 investiert und über die Durchsetzungsmacht verfügt, auch
6 langfristige gesellschaftliche Herausforderungen zu bewäl-
7 tigen. Der DGB fordert Nachhaltigkeit als Leitfaden: Der Staat
8 muss den sozial-ökologischen Umbau gestalten und durch
9 eine gerechtere Besteuerung von Einkommen und Vermögen
10 für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen. Die Steuer-
11 senkungen der letzten 15 Jahre haben die staatliche Hand-
12 lungsfähigkeit maßgeblich beeinträchtigt. Die öffentliche In-
13 vestitionsquote ist mit 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts
14 (BIP) niedriger als im restlichen Euroraum (2,4 Prozent). Seit
15 2003 wird mehr abgeschrieben als investiert – also
16 hingenommen, dass das öffentliche Anlagevermögen verfällt.
17 Die Spuren eines Jahrzehnts, in dem Deutschland von seiner
18 Substanz gelebt hat, sind überall sichtbar. Der Bedarf zusätzli-
19 cher öffentlicher Investitionen ist weitgehend unstrittig.
20 Trotzdem ist der Investitionsstau inzwischen auf über 300
21 Mrd. Euro angestiegen. Es muss in Bildung, die marode Infra-
22 struktur, das Verkehrssystem, den Wohnungsbau und den öff-
23 entlichen Dienst investiert werden. Die Unterfinanzierung der
24 öffentlichen Hand muss beendet werden. Sie gefährdet die
25 öffentliche Daseinsvorsorge, eine nachhaltige wirtschaftliche
26 Entwicklung und letztlich Erhalt und Entstehung zukunftsfähiger
27 Arbeitsplätze.

28
29 Aber der Weg, über eine zusätzliche Aufnahme von Krediten
30 den öffentlichen Haushalten mehr Finanzmittel zuzuführen,
31 wird durch die Schuldenbremse im Grundgesetz und den eu-
32 ropäischen Fiskalpakt zunehmend erschwert. Um die im
33 Fiskalpakt vereinbarte Reduzierung der Schuldenquote zu er-
34 reichen, müssen Bund, Länder und Gemeinden in Zeiten gerin-
35 gen oder rückläufigen Wachstums in wachsendem Umfang
36 Steuereinnahmen zum Abbau des Defizits verwenden. Zudem
37 laufen Ende des Jahrzehnts die Regelungen zum Solidarpakt II
38 und zum Länderfinanzausgleich aus. Auch hierzu müssen in
39 nächster Zeit ausreichend finanzierte Anschlussregelungen

40

41 gefunden werden, sonst würden hier Haushaltskürzungen dro-
42 hen.

43

44 Trotz des offensichtlichen Handlungsbedarfs wird Forderungen
45 nach einer Verbesserung der Einnahmeseite mit den alljährli-
46 chen Rekordsteuereinnahmen begegnet. Doch die für die
47 nächsten Jahre erwarteten Steuermehreinnahmen lösen das
48 Problem nicht. Selbst wenn sie tatsächlich in der prognosti-
49 zierten Höhe eintreten, würden sie nicht ausreichen, um die
50 Ziele der Schuldenbremse zu erreichen und die entstandene
51 Investitionslücke zu schließen. Im Gegenteil: Die gesamtstaat-
52 lichen Einnahmen haben zuletzt gerade ausgereicht, um keine
53 zusätzlichen Schulden aufnehmen zu müssen. Für weitere Auf-
54 gaben bleibt nur dann etwas übrig, wenn andere, weitgehend
55 unverzichtbare, öffentliche Leistungen rücksichtslos zusam-
56 mengestrichen werden. Auch der zu Recht geforderte effizien-
57 tere Umgang mit Steuergeld schafft nicht die erforderlichen Fi-
58 nanzierungsspielräume. Eine „nachhaltige Finanzpolitik“ darf
59 nicht nur bei der Beurteilung der Höhe der Staatsverschuldung
60 zum Maßstab erklärt werden, sondern auch bei der
61 Tragfähigkeit von Investitionen. Zeit für einen...

62

63 **Politikwechsel**

64 Der DGB will die Handlungsfähigkeit des Staates auf Bundes-,
65 Länder- und kommunaler Ebene stärken. Eine funktionierende
66 öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur
67 und ein zuverlässiger und bürgernaher öffentlicher Dienst sind
68 unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und
69 die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. Die Behauptung, wir
70 könnten uns gute Schulen, menschenwürdige Pflegeplätze
71 oder bezahlbare Wohnungen und öffentlichen Nahverkehr
72 nicht mehr leisten, ist vor dem Hintergrund der Steuersenkun-
73 gen der letzten Jahre und des extrem wachsenden Reichtums
74 immer unglaubwürdiger.

75

76 Aber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten nicht
77 nur, dass der Staat die grundsätzlichen Dienstleistungen und
78 Infrastrukturen, auf die alle angewiesen sind, gewährleistet. Er
79 soll auch die Zukunftsaufgaben endlich entschlossen anpa-
80 cken. Investitionen müssen in eine innovative Bildungs- und
81 Wissenschaftslandschaft gelenkt werden, in Forschung und
82 Entwicklung und in den ökologischen Umbau der Wirtschaft.
83 Ein handlungsfähiger, gut ausgestatteter und produktiver Sozi-
84 alstaat hat positive wirtschaftliche Effekte. Die Zeit ist reif für
85 einen Politikwechsel zugunsten leistungsfähiger sozialer Si-
86 cherungssysteme und einer funktionierenden Daseinsvorsorge.
87 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen eine Poli-

88 tik, die die Ungerechtigkeiten der Einkommensverteilung auch
89 mittels Steuern und Transferleistungen korrigiert und
90 Spielraum für nachhaltige Investitionen schafft. Ein aktiver
91 Staat muss jetzt in folgenden Bereichen Handlungsfähigkeit
92 beweisen:

93

94 **Öffentliche Daseinsvorsorge**

95 Ein aktiver Staat gewährleistet im Rahmen der öffentlichen
96 Daseinsvorsorge bei Bildung, Gesundheit, Forschung, innere
97 Sicherheit, Wasserversorgung, Wohnungsbau und Mobilität
98 die Teilhabe aller Gesellschaftsschichten sowie Regionen und
99 trägt so zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung mit
100 guten Arbeitsbedingungen bei. Soziale Sicherungssysteme, öff-
101 entliche Daseinsvorsorge und innere Sicherheit sind die Basis
102 für ein gutes und sicheres Leben der Bürgerinnen und Bürger.

103

104 Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die öff-
105 entliche Hand bei der Privatisierung von Aufgaben der öffentli-
106 chen Daseinsvorsorge oder ihrer Übertragung auf öffentlich-
107 private Partnerschaften (PPP) nicht nur häufig politischen Ge-
108 staltungsspielraum verliert, es wird oft sogar teurer. Auch Be-
109 schäftigte und Verbraucherinnen und Verbraucher haben nicht
110 selten Nachteile. Vor dem Hintergrund der kommunalen Fi-
111 nanznot werden Privatisierung und Rekommunalisierung öff-
112 entlicher Aufgaben kontrovers diskutiert. Beide Ansätze kön-
113 nen für Arbeitsplatzabbau, Arbeitsverdichtung und Kosten-
114 senkungen missbraucht werden. Für den DGB steht die Quali-
115 tät der Dienstleistung im Mittelpunkt: Das Angebot muss
116 Bürgerinnen und Bürger zufriedenstellen. Bei der Leistungser-
117 bringung müssen gewerkschaftliche Anforderungen an „gute
118 Arbeit“ eingehalten werden. Die Interessen der Beschäftigten
119 werden am besten gewahrt, wenn der aktive Staat hier die
120 Nachhaltigkeitsziele gewährleistet.

121

122 Forderungen des DGB für die öffentliche Daseinsvorsorge:

- 123 • Der DGB wird sich auch künftig der Themen Privatisierung
124 und Rekommunalisierung annehmen, da Beschäftigte und
125 Gewerkschaften immer wieder mit Vorstößen für PPP
126 oder Rekommunalisierung aus Politik und Kommunen
127 konfrontiert sind. In Vorbereitung darauf können zusam-
128 men mit den Gewerkschaften erstellte Kriterienkataloge
129 für die Bewertung entsprechender Vorhaben aus Sicht der
130 Belegschaften hilfreich sein.
- 131 • Auch in weiteren Handlungsfeldern wie bei der Vergabe
132 öffentlicher Aufträge, bei der EU-Dienstleistungskonzes-
133 sionsrichtlinie oder bei Freihandelsabkommen geht es

134

- 135 darum, wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvor-
136 sorge nicht dem ungezügelter Wettbewerb auszusetzen.
137 • Für den regionalen Ausgleich favorisiert der DGB neue Fi-
138 nanzinstrumente wie eine „Gemeinschaftsaufgabe Sicher-
139 rung der regionalen Daseinsvorsorge“, die zur Entlastung
140 kommunaler Haushalte beitragen können.

141

142 **Soziale Dienstleistungen**

143 Ein aktiver Staat muss qualitativ gute soziale Dienstleistungen
144 bereitstellen. Dazu müssen die öffentlichen Ausgaben für so-
145 ziale Dienstleistungen deutlich gesteigert werden. Als Vorbild
146 kann das Ausgaben- und Beschäftigungsniveau im sozialen
147 Bereich verschiedener skandinavischer Länder angesehen wer-
148 den. Der Sozialstaat muss angesichts des demografischen
149 Wandels ausgebaut werden, um Lebensrisiken abfedern zu
150 können und seine ganzen Möglichkeiten als eine zusätzliche
151 Produktivkraft entfalten zu können.

152

153 Forderungen des DGB für soziale Dienstleistungen:

- 154 • Der DGB fordert die Modernisierung der Krankenhäuser.
155 Der Investitionsstau bei öffentlichen Krankenhäusern ist
156 inzwischen auf insgesamt 50 Milliarden Euro angewach-
157 sen.
158 • In die Bereiche Altenpflege, Jugend- und Sozialarbeit
159 muss kräftig investiert werden.

160

161 **Bildung**

162 Wir verstehen Bildung als Menschenrecht, das einerseits ma-
163 terielle, soziale und kulturelle Teilhabe für die und den Einzel-
164 nen eröffnet, andererseits die wirtschaftliche, soziale und
165 kulturelle Entwicklung der Gesellschaft insgesamt fördert. Für
166 entwickelte Volkswirtschaften wie Deutschland, deren Stärke
167 die wissensbasierte Qualitätsproduktion und Dienstleistungs-
168 erstellung ist, sind Investitionen in Bildung, Weiterbildung und
169 Forschung und Entwicklung zentral. Die Achillesferse des deut-
170 schen Bildungssystems ist die soziale Spaltung: In kaum einem
171 anderen Industrieland hängen die Bildungschancen der Kinder
172 so sehr vom Geldbeutel der Eltern ab. Deutschland wendet
173 gemessen am Bruttoinlandsprodukt deutlich weniger Mittel
174 für Bildung auf als der OECD-Durchschnitt.

175

176 Die Sanierung von Kitas, Schulen und Hochschulen bleibt trotz
177 der Zusagen der Großen Koalition, die Länder zu entlasten,
178 eine weitere zentrale Infrastrukturbauaufgabe. Bildungsarbeit ist
179 zudem in erster Linie Beziehungsarbeit von Menschen mit
180 Menschen, erfordert also viele gut motivierte und gut aus-
181 gebildete Beschäftigte.

182 Die Bundesländer sind mit der Finanzierung eines guten
183 Bildungssystems überfordert.

184

185 Die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist für die Zu-
186 kunftsfähigkeit unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung.
187 Dabei muss Forschung neben der Förderung von Produktions-
188 techniken auch die Gestaltung von Arbeitswelt und Dienstleis-
189 tungen sowie weitere soziale und kulturelle Disziplinen in den
190 Blick nehmen.

191

192 Forderungen des DGB für das Bildungswesen:

- 193 • Der DGB fordert deutlich höhere Investitionen in das
194 Bildungswesen. Um im OECD-Vergleich voran zu kom-
195 men, müssten jährlich mindestens 40 Mrd. Euro aus öff-
196 entlichen Mitteln zusätzlich bereitgestellt werden. Der
197 Ansatz der Großen Koalition bleibt weit dahinter zurück.
- 198 • Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in
199 der Bildungsfinanzierung muss aus dem Grundgesetz ge-
200 strichen werden.
- 201 • Die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwick-
202 lung müssen dauerhaft die Marke von drei Prozent des
203 BIP überschreiten.

204

205 **Infrastruktur**

206 Deutschland ist als starker Industrie- und Dienstleistungs-
207 standort auf eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur
208 besonders angewiesen. Der Investitionsstau ist das Ergebnis
209 unterlassener Investitionen – meist trotz Einsicht in die
210 Notwendigkeiten. Er bedroht die Wettbewerbsfähigkeit der
211 Wirtschaft, behindert den ökologischen Umbau, die Sicherung
212 und Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und gefährdet
213 den Wohlstand zukünftiger Generationen.

214

215 Eine zentrale Baustelle ist die kommunale Infrastruktur. Das
216 Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat für den Zeitraum
217 von 2006 bis 2020 einen Investitionsbedarf von durchschnitt-
218 lich 46 Mrd. Euro pro Jahr ermittelt. Der Investitionsstau, also
219 die Differenz zwischen Bedarf und von den Kommunen getä-
220 tigten bzw. geplanten Investitionen, beträgt für den Zeitraum
221 2012 bis 2015 rund 49 Prozent oder über 25 Mrd. Euro jähr-
222 lich. Die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vorgese-
223 hene Entlastung der Länder um 6 Mrd. Euro – vorgesehen für
224 Kitas, Schulen und Hochschulen – kann nur ein erster Schritt
225 sein. Wenn Gemeinden wegen geringer Steuereinnahmen
226 Straßen und Brücken nicht reparieren können, erschwert und
227 verteuert dies wirtschaftliche Aktivitäten. Wenn sie gezwun-
228 gen sind, Kita-Gebühren und Eintrittspreise für das öffentliche

229 Schwimmbad zu erhöhen oder Letzteres gleich komplett zu
230 schließen, steht die Handlungsfähigkeit des Staates für die
231 Bürgerinnen und Bürger unmittelbar in Frage.

232
233 Für Sonderbedarfe aus der Energiewende wurden für die Kom-
234 munen von 2011 bis 2015 jährliche Investitionen von 11 Mrd.
235 Euro als notwendig erachtet. Zudem besteht bis 2030 für den
236 Um- und Ausbau der Verteilernetze ein erweiterter Investiti-
237 onsbedarf in zweistelliger Milliardenhöhe. Der Zustand der
238 kommunalen Verkehrsinfrastruktur ist wiederum besonders
239 dramatisch: Die Difu-Berechnungen ergaben für die ÖPNV-In-
240 frastruktur und die kommunalen Straßen und Brücken einen
241 Investitionsbedarf von jährlich 13 Mrd. Euro.

242
243 Die Mittel, die Bund, Länder und Kommunen für das gesamte
244 Verkehrssystem bereitstellen, reichen schon seit Jahren längst
245 nicht mehr. Das hat direkte und indirekte Folgen für Verkehr,
246 Wirtschaft, Klimaschutz und Beschäftigte. Die anhaltende Un-
247 terfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur hat zu einem mas-
248 siven Substanzverzehr geführt. Erstmals ist 2010 auch das
249 Nettoanlagevermögen des Straßennetzes gesunken. Lange
250 aufgebautes gesamtgesellschaftliches Vermögen verliert also
251 an Wert und wird nicht für künftige Generationen gesichert.
252 Der Bericht „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung
253 “ fordert für den Erhalt des Bestandnetzes und zur Deckung
254 des Nachholbedarfs für unterlassene Erhaltung in den nächs-
255 ten 15 Jahren jährlich zusätzlich über 7 Mrd. Euro. Im Ver-
256 gleich zu den europäischen Nachbarn steckt Deutschland
257 auch viel zu wenig Geld ins Schienennetz.

258
259 Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wurden zusätzli-
260 che 5 Mrd. Euro bis 2017 verabredet. Selbst wenn durch die
261 Ausweitung der Lkw-Maut noch zusätzliche Einnahmen hinzu-
262 kommen, ändert sich an der strukturellen Unterfinanzierung
263 der Verkehrsinfrastruktur wenig.

264
265 Schließlich erfolgt der unverzichtbare, flächendeckende Breit-
266 bandausbau unzureichend und zu langsam. Millionen
267 Haushalte und viele Unternehmen müssen mit dieser ele-
268 mentaren Technik verbunden werden. Gerade die Anbindung
269 strukturschwacher Gebiete ist eine große Herausforderung,
270 um die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und den
271 Zugang zu Bildung zu verbessern und nicht zuletzt Beschäf-
272 tigung zu sichern.

273
274 Forderungen des DGB für die Infrastruktur:

275

- 276 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine
277 deutliche Anhebung der Bundesmittel für Erhalt und Er-
278 tückung der Infrastruktur, begleitet von einer auf Nach-
279 haltigkeit und Wettbewerbsgerechtigkeit ausgerichteten
280 Verkehrspolitik.
- 281 • Insbesondere auf kommunaler Ebene muss dem Marsch
282 vom Steuer- in den Gebührenstaat (von Kita- bis zu
283 Straßennutzungsgebühren) entschlossen begegnet wer-
284 den. Angesichts der Diskrepanz zwischen gewaltigen In-
285 vestitionsbedarfen und steigenden Kassenkrediten – seit
286 2001 von 11 auf 47 Mrd. Euro – fordert der DGB eine
287 grundlegende Neuordnung der Kommunalfinanzen.
- 288 • Der DGB fordert einen umfassenden „Masterplan Mobili-
289 tät“, in dem die Ziele der Verkehrs- und Infrastrukturpoli-
290 tik zu formulieren und die daraus abzuleitenden Einzel-
291 maßnahmen aufeinander abzustimmen sind. Dabei müs-
292 sen die Menschen mitgenommen werden. Denn nur mit
293 vorausschauender Bürgerbeteiligung und Transparenz ist
294 Infrastrukturpolitik nachhaltig plan- und umsetzbar.
- 295 • Die Bundesmittel zum Ausbau des Schienennetzes müs-
296 sen deutlich erhöht, für den Erhalt der Bestandsinfra-
297 struktur der Bundeseisenbahnen zusätzlich jährlich min-
298 destens 1,2 Mrd. bereitgestellt werden.
- 299 • Der Rückzug des Bundes aus der Finanzierung der ÖPNV-
300 Infrastruktur und des kommunalen Straßenbaus muss ge-
301 stoppt werden.
- 302 • Die Vernachlässigung des Ausbaus der Wasserstraßen, als
303 dritter zur Verfügung stehender Verkehrsweg, ist zu behe-
304 ben. Engpassbeseitigung und der umweltverträgliche
305 Ausbau sind dringend anzugehen, um die Attraktivität
306 dieses Verkehrsträgers zu steigern.
- 307 • Die ausreichende Finanzierung von Öffentlichem und
308 Schienenpersonen-Nahverkehr bei den Regionalisierungs-
309 und ehemaligen GVFG-Mitteln (nach dem Gemeindever-
310 kehrsfinanzierungsgesetz) ist sicherzustellen.
- 311 • Der Breitbandausbau muss – wie von der großen Koali-
312 tion vorgesehen – auch tatsächlich bis 2018 jährlich mit
313 mindestens 1 Mrd. Euro entschlossen vorangetrieben
314 werden.

315
316 **Wohnungsbau**

317 Das Grundbedürfnis Wohnen dem Markt zu überlassen und
318 sich aus diesem Handlungsfeld als Staat zurückzuziehen, hat
319 sich als grundlegend falsch erwiesen. Während die Nachfrage
320 nach Wohnraum stetig gewachsen ist, haben sich die deut-
321 schen Wohnungsbauinvestitionen seit 1999 im Vergleich zum
322 Euroraum unterdurchschnittlich entwickelt. In Deutschland

323 müssen pro Jahr 140.000 Mietwohnungen gebaut werden,
324 um der steigenden Anzahl an Haushalten gerecht zu werden.
325 Darüber hinaus bleibt der soziale Wohnungsbau unverzichtbar.
326 100.000 neue preis- und belegungsgebundene Wohnungen
327 müssen jährlich mindestens bereitgestellt werden, um auslau-
328 fende Sozialbindungen auszugleichen. Die dafür vorgesehenen
329 Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder decken
330 bei weitem nicht den Finanzbedarf. Für die energetische Sa-
331 nierung öffentlicher Gebäude wurde 2012 für den Zeitraum
332 bis 2020 insgesamt ein jährlicher Investitionsbedarf von mehr
333 als 8 Mrd. Euro ermittelt.

334

335 Die Forderungen des DGB für den Wohnungsbau:

- 336 • Der DGB fordert erheblich mehr öffentliche Mittel für den
337 Wohnungsbau, auch in kommunaler Trägerschaft. Alter-
338 native Formen der Trägerschaft wie das genossenschaftliche
339 Modell müssen gestärkt werden.
- 340 • Im privaten Neubau muss u.a. über Belegungspflichten
341 für bezahlbaren Wohnraum gesorgt werden.
- 342 • Erheblichen Aufholbedarf gibt es bei alters- und be-
343 hindertengerechten Wohnungen.
- 344 • Bei der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes
345 fordert der DGB eine bessere finanzielle Förderung und
346 verlässliche politische Rahmenbedingungen, die Bau-
347 herren wie Mietern Planungssicherheit bieten.
- 348 • Der DGB wird den Druck zugunsten einer Renaissance
349 des sozialen Mietrechts aufrechterhalten, sowie ver-
350 stärkte Investitionen in Neubau und altersgerechten Um-
351 bau einfordern.

352

353 **Verbraucherpolitik**

354 Ein handlungsfähiger Staat muss durch Informations- und
355 Offenlegungspflichten dafür sorgen, dass Verbraucherinnen
356 und Verbraucher notwendige Informationen für sozial und
357 ökologisch verantwortliche Konsumententscheidungen erhalten.
358 Gute Arbeit und hohe Produktqualität, Verbraucherschutz und
359 Beschäftigtenschutz bedingen sich wechselseitig.

- 360 • Verbraucherinnen und Verbraucher müssen mehr Rechte
361 erhalten, um sich gegen Intransparenz und Täuschung zur
362 Wehr setzen zu können.

363

364 **Öffentlicher Dienst**

365 Die Voraussetzung für einen leistungsfähigen und bürgerna-
366 hen öffentlichen Dienst ist qualifiziertes und motiviertes Perso-
367 nal. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist ent-
368 sprechend den Aufgaben und Notwendigkeiten zu gestalten
369 und darf nicht aufgrund von Finanzierungsdefiziten weiter

370 reduziert werden. In den nächsten 15 Jahren scheiden 30 Pro-
371 zent der Beschäftigten aus Altersgründen aus. Um qualifizier-
372 tes Personal für einen handlungsfähigen Staat gewinnen zu
373 können, müssen die Arbeitsbedingungen modernen Ansprüc-
374 hen genügen und die Beschäftigten an deren Gestaltung be-
375 teiligt werden.

376

377 Die Abkoppelung des öffentlichen Dienstes von der allgemei-
378 nen Einkommensentwicklung und der fortgesetzte Personalab-
379 bau in vielen Bereichen untergraben dessen Qualität und ver-
380 schlechtern die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur.
381 Das gilt auch für die Bezahlung von Männern und Frauen im
382 öffentlichen Dienst, die – formal diskriminierungsfrei – auf-
383 grund struktureller Benachteiligungen und diskriminierungs-
384 anfälliger Bewertungs- und Auswahlkriterien dennoch durch
385 deutliche Entgeltunterschiede gekennzeichnet ist. Bund, Län-
386 der und Kommunen tragen als öffentliche Arbeitgeber und Ta-
387 rifvertragsparteien eine besondere Verantwortung, Entlohnung
388 und Besoldung diskriminierungsfrei zu gestalten und umzuset-
389 zen.

390

391 Von besonderer Bedeutung für die Handlungsfähigkeit des ak-
392 tiven Staates ist die innere Sicherheit der Bürgerinnen und
393 Bürger, denn eine stabile Sicherheitslage ist ein hohes ge-
394 sellschaftliches Gut. Sie lebt vom Engagement der Beschäftig-
395 ten in den Sicherheitsbehörden. Auf eine gute polizeiliche
396 Arbeit kann kein Staat verzichten, der sich dem Schutz von
397 Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet fühlt.

398

399 Die Forderungen des DGB für den öffentlichen Dienst:

- 400 • Der DGB fordert ein Ende der ausufernden Kürzungspoli-
401 tik im öffentlichen Dienst. Der Personalmangel muss be-
402 seitigt werden.
- 403 • Der öffentliche Dienst muss seiner Vorbildfunktion wieder
404 gerecht werden und gleiche und gleichwertige Arbeit
405 auch gleich bezahlen.
- 406 • Die verpflichtende Anwendung von Entgeltbewertungs-
407 systemen, die auch Diskriminierungen in der Bewertung
408 von Tätigkeiten aufdecken, ist überfällig.
- 409 • Der DGB fordert, dass bestehende Mitbestimmungslücken
410 z.B. in Bezug auf Transparenzrechte sowie Informations-
411 und Beteiligungsrechte der Beschäftigten geschlossen
412 werden.

413

414 **Mit gerechter Steuerpolitik in die Zukunft investieren**

415 Die Mehrheit der beschriebenen Investitionsbedarfe hat lang-
416 fristigen und zukunftsorientierten Charakter und ist weitge-

417 hend unstrittig. Deshalb wäre eine Beteiligung kommender
418 Generationen an ihrer Finanzierung über Schuldenaufnahme
419 durchaus gerechtfertigt. Trotzdem gibt es Bestrebungen,
420 stattdessen den Pfad der Privatisierung von Aufgaben der öff-
421 entlichen Daseinsvorsorge weiterzuverfolgen. Aber diese Leis-
422 tungen müssen allen Menschen zu Gute kommen, die darauf
423 angewiesen sind – und zwar unabhängig von der Größe ihres
424 Portemonnaies. Auch deswegen gilt es, den Marsch vom
425 Steuer- in den Gebührenstaat mit allen negativen verteilungs-
426 politischen Folgewirkungen schleunigst zu beenden.

427

428 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass die
429 notwendigen Investitionen nicht länger aufgeschoben werden,
430 nicht zuletzt auch weil ein fortgesetzter Investitionsstau die
431 Kosten weiter erhöht. Eine stärkere Besteuerung hoher Ein-
432 kommen und Vermögen ist nur folgerichtig, damit Spitzenver-
433 diener, Vermögende und Unternehmen ihrer Leistungsfähigkeit
434 entsprechend an den Kosten der Finanzkrise und der Finanzie-
435 rung des demokratischen Gemeinwesens beteiligt werden.

436

437 Denn großzügige Steuergeschenke und die unzulängliche
438 Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -umgehung sind
439 die Hauptursachen für die Unterfinanzierung der öffentlichen
440 Haushalte. Die in den letzten Jahren erfolgte einseitige Entlas-
441 tung der Bezieher von Gewinnen und hohen Einkommen
442 sowie die Freistellung großer Vermögen von der Besteuerung
443 hat auch den Grundsatz der Steuergerechtigkeit in Frage ge-
444 stellt: Ein immer größerer Teil des Steueraufkommens wird
445 über die Lohnsteuer und die Verbrauchssteuern auf die
446 Haushalte von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkom-
447 men überwälzt. Während der Anteil der Löhne und Gehälter
448 am gesamten erarbeiteten Wohlstand in den vergangenen
449 Jahren tendenziell sank, stieg der Anteil der Lohnsteuer am
450 Gesamtsteueraufkommen beträchtlich an. Und während für
451 die nächsten Jahre die Vererbung von immer mehr und immer
452 größeren Vermögen zu erwarten ist, rechnen die Steuer-
453 schätzer bestenfalls mit einem gleichbleibend niedrigen Auf-
454 kommen der Erbschaftsteuer. Folgende Ansatzpunkte stehen
455 für den DGB im Mittelpunkt:

456

457 **1. Für eine verteilungsgerechte Einkommensteuer**

458 Beim Progressionsverlauf der Einkommenssteuer muss der
459 Grundsatz gelten, dass Spitzeneinkommen stärker und nied-
460 rigere Einkommen geringer zu besteuern sind. Die Freistellung
461 des steuerlichen Existenzminimums ist dabei zu gewährleisten.
462 Es ist unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit nicht zu ver-
463 treten, dass Einkommen im unteren und mittleren Einkom-

464 mensbereich einem stärkeren Progressionsanstieg ausgesetzt
465 sind als hohe Einkommen. Dadurch erfährt etwa ein Einkom-
466 menzuwachs von 10 auf 15 Tausend Euro die gleiche prozen-
467 tuale Mehrbelastung wie ein Einkommenszuwachs von 30 auf
468 50 Tausend Euro. Wegen der ungleichen Verteilung der
469 Erwerbseinkommen sind insbesondere Frauen von dieser Un-
470 gerechtigkeit des Einkommensteuerrechts betroffen. Hingegen
471 stärkt der Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer den
472 progressiven Charakter des Tarifverlaufs und verschafft dem
473 Bund unverzichtbare Mittel, um die Bundesländer beim Aus-
474 gleich ihrer unterschiedlichen Finanzkraft zu unterstützen.

475

476 Eine einkommensniveauabhängige Besteuerung nach der Leis-
477 tungsfähigkeit und eine Verhinderung der Privilegierung von
478 Kapitaleinkünften kann nur gewährleistet werden, wenn die
479 seit 2009 dem pauschalen Abgeltungssteuersatz von 25 Pro-
480 zent unterliegenden Kapitaleinkünfte wie zuvor wieder voll-
481 ständig dem persönlichen Einkommensteuersatz unterworfen
482 sind.

483

484 Die steuerliche Entlastung von Ehen durch das Ehegattensplit-
485 ting ist familienpolitisch fragwürdig und gleichstellungspoli-
486 tisch kontraproduktiv. Das Ehegattensplitting behindert die
487 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am
488 Erwerbsleben und die gleichmäßigere Verteilung von Familien-
489 arbeit. Das Ehegattensplitting in seiner gegenwärtigen Ausge-
490 staltung fördert nicht Familien, sondern Ehen mit ungleich ver-
491 teilten (hohen) Einkommen. Der schrittweise Umbau des
492 Ehegattensplittings hin zu einer Individualbesteuerung würde
493 einen Beitrag zur Gleichbehandlung verschiedener Lebens-
494 und Familienformen leisten. Ein erster Schritt wäre, die Steuer-
495 klassenkombination III/IV abzuschaffen und durch die Steuer-
496 klassenkombination IV/IV für Eheleute ergänzt durch das Fak-
497 torverfahren zu ersetzen, weil diese Steuerklassenkombination
498 das Erwerbseinkommen gerechter abbildet und Frauen eher
499 einen Anreiz bietet, eine Beschäftigung oberhalb der Ge-
500 ringfügigkeitsgrenze auszuüben.

501

502 An Sonn- und Feiertagen und während der Nacht zu arbeiten,
503 ist für die betroffenen Beschäftigten mit zusätzlichen sozialen
504 und gesundheitlichen Belastungen verbunden. Zugleich kann
505 die Gesellschaft auf die Verrichtung dieser Tätigkeiten nicht
506 verzichten, da davon die Aufrechterhaltung unverzichtbarer
507 Leistungen und die Kontinuität von Produktionsprozessen
508 abhängen. Deshalb ist die Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags-
509 und Nachtarbeitszuschlägen kein Subventionstatbestand,
510 sondern elementarer Teil eines leistungsgerechten Einkom-

511 mensteuerrechts. Ebenso muss der Aufwand für den Weg zum
512 Arbeitsplatz besser geltend gemacht werden können. Nicht
513 nur die Anforderungen an die Mobilität der Menschen steigen
514 ständig, sondern auch die damit verbundenen Kosten.

515

516 Forderungen des DGB zur Einkommenssteuer:

- 517 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften halten an
518 der Forderung nach einem konsequent progressiv ausge-
519 stalten Tarifverlauf der Einkommensteuer fest. Neben ei-
520 ner Anhebung des Spitzensteuersatzes soll der Tarifverlauf
521 oberhalb des Grundfreibetrags linear verlaufen.
- 522 • Der DGB lehnt Forderungen nach einer Abschaffung des
523 Solidaritätszuschlages ab. Die Fortführung des Solidari-
524 tätzuschlages über 2019 hinaus soll strukturschwache
525 Regionen in Ost- und Westdeutschland fördern.
- 526 • Kapitaleinkünfte sollten wieder dem persönlichen Ein-
527 kommensteuersatz unterworfen werden. Im ersten Schritt
528 fordert der DGB eine Erhöhung der Abgeltungssteuer auf
529 35 Prozent.
- 530 • Der DGB fordert bessere Rahmenbedingungen für die
531 Förderung von Familien mit Kindern und die Erwerbstä-
532 tigkeit von Frauen. Dazu gehört u. a., dass das Ehegatten-
533 splitting schrittweise hin zu einer Individualbesteuerung
534 umgebaut wird.
- 535 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden
536 jedem Angriff auf die Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags-
537 und Nachtarbeitszuschlägen entschieden entgegenzutreten.
- 538 • Es ist erforderlich, die Aufwendungen zwischen Wohn-
539 und Arbeitsstätte steuerlich besser geltend machen zu
540 können. Dabei darf die Entlastung von den Kosten des
541 Arbeitsweges nicht mehr von der Höhe des Einkommens
542 abhängen.

543

544 **2. Umsatzsteuerbetrug bekämpfen statt weiterer Be-** 545 **lastung der Binnennachfrage**

546 Haushalte mit niedrigem Einkommen sind gezwungen, ihr Ein-
547 kommen nahezu vollständig für den Konsum auszugeben. In-
548 folgedessen ist ihre Umsatzsteuerbelastung im Verhältnis zum
549 Einkommen besonders hoch. Damit werden Arbeitnehmer-
550 haushalte und Bezieher von Lohnersatzleistungen gegenüber
551 Hocheinkommensbezieher und sehr vermögenden Personen
552 relativ stärker belastet. Der Anteil der Umsatz- und Einfuhrum-
553 satzsteuer am Gesamtsteueraufkommen ist in den vergange-
554 nen Jahrzehnten stetig auf mittlerweile rund ein Drittel ge-
555 stiegen. Dringlicher Reformbedarf besteht bei der Bekämpfung
556 des kriminellen Umsatzsteuerbetruges und bei der Vereinfach-

557

558 chung des Verfahrens.

559

560 Forderungen des DGB zur Umsatzsteuer:

- 561 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen
562 weitere Erhöhungen des Umsatzsteuersatzes und insbe-
563 sondere eine generelle Erhöhung oder gar die Ab-
564 schaffung des ermäßigten Satzes für Güter des täglichen
565 Bedarfs strikt ab. Immerhin dämpft er die ungerechte Ver-
566 teilungswirkung der Umsatzsteuer.
- 567 • Zweifelhafte Nachlässe, die Sinn und Zweck des ermäßig-
568 ten Umsatzsteuersatzes diskreditieren, wie beispielsweise
569 die Herabsetzung des Umsatzsteuersatzes auf Hoteldi-
570 entleistungen, sind auf den Prüfstand zu stellen und
571 gegebenenfalls aufzuheben.
- 572 • Steuerbefreite Umsätze auf Leistungen der öffentlichen
573 Daseinsvorsorge müssen weiterhin steuerfrei bleiben.
574 Allerdings dürfen keine zusätzlichen Anreize für die Aus-
575 lagerung ganzer Betriebsteile in eigene Gesellschaften
576 durch die Aussicht auf eine Steuerbefreiung gesetzt wer-
577 den, da mit solchen Auslagerungen oft eine Verschlechte-
578 rung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen für die
579 Beschäftigten einhergeht.
- 580 • Die Verlagerung der Umsatzsteuerzahllast auf den zum
581 Vorsteuerabzug berechtigten Unternehmer muss als
582 durchgängiges Prinzip (Reverse Charge) etabliert werden.

583

584 **3. Große Vermögen stärker zur Verantwortung heran-** 585 **ziehen**

586 Die Länder und die in ihrer Mitverantwortung stehenden Kom-
587 munen stehen vor besonderen finanziellen Herausforderun-
588 gen. So wird eine Entlastung von ihren Altschulden, eine zu-
589 kunfts feste Bildungsfinanzierung und die hinreichende Ausfi-
590 nanzierung wichtiger Infrastrukturinvestitionen nur gelingen,
591 wenn die den Ländern zustehenden Steuerquellen stärker zur
592 Finanzierung herangezogen werden. Zugleich hat sich der An-
593 stieg besonders großer Vermögen längst von der allgemeinen
594 Wirtschafts- und Einkommensentwicklung abgesetzt. Er
595 kommt nur einem sehr kleinen Anteil der Bevölkerung zu
596 Gute, ohne in hinreichendem Maße wieder sinnvoll reinves-
597 tiert zu werden.

598

599 Die Vermögensteuer muss umgehend wieder erhoben werden.
600 Eine Unterbewertung oder der Ausschluss bestimmter Vermö-
601 gensarten aus der Bemessungsgrundlage muss konsequent
602 vermieden werden, um den Anspruch an die Steuergerech-
603 tigkeit zu erfüllen und damit den Anforderungen des
604 Bundesverfassungsgerichtes zu entsprechen. Kredite sollten

605 von der Bemessungsgrundlage in Abzug gebracht werden.
606 Selbstgenutztes Wohneigentum von Menschen mit relativ ge-
607 ringen Einkommen ist nicht zu belasten. Die Steuer ist so aus-
608 zugestalten, dass die Zahllast aus den erwirtschafteten Er-
609 trägen der Betriebsvermögen beglichen werden kann.

610

611 Die Erbschaftsteuer ist in ihrer derzeitigen Form sehr umge-
612 hungsanfällig. Außerdem wird auch sie wegen der Begüns-
613 tigung von Betriebsvermögen (Befreiung von der Erbschaft-
614 steuer bei Fortführung des Betriebes) bei den höchsten deut-
615 schen Finanzrichtern kritisch gesehen, da sie den Anforderun-
616 gen des Grundgesetzes an eine gerechte und gleichmäßige
617 Besteuerung in der gegenwärtigen Form nicht genügt. Ihr An-
618 teil an allen Steuereinnahmen schwindet – ein Grund dafür
619 sind die zu niedrigen Steuersätze.

620

621 Um den Wegfall der Vermögensteuer wenigstens teilweise zu
622 kompensieren, haben immer mehr Bundesländer von ihrem
623 Hebesatzrecht bei der Grunderwerbsteuer Gebrauch gemacht
624 und die Steuersätze angehoben. Dieser Weg kann nicht be-
625 lieblich weitergegangen werden, da damit insbesondere für
626 Menschen mit einem durchschnittlichen oder niedrigen Ein-
627 kommen der Erwerb von Wohneigentum zunehmend er-
628 schwert wird. Hingegen bleibt der Eigentümerwechsel um-
629 fangreicher Immobilienvermögen unter bestimmten fragwür-
630 digen Voraussetzungen, die vor allem große Unternehmen
631 nutzen können, vollständig steuerfrei. Auch hier sehen wir
632 Fehlanreize für eine Steuerumgehung im geltenden Recht.

633

634 Auch die den Kommunen zustehende Grundsteuer muss dem
635 Anspruch an Verteilungsgerechtigkeit und Besteuerung nach
636 der Leistungsfähigkeit besser gerecht werden. Dem wird die
637 Praxis, im Erhebungsverfahren auf Preise von 1964 (West) und
638 1935 (Ost) zurückzugreifen, nicht gerecht. Als eine auf das
639 Vermögen bezogene Steuer sollte die Grundsteuer auch vom
640 Eigentümer der Immobilienvermögen getragen werden.

641

642 Um den nicht nur in Deutschland bestehenden Investitions-
643 stau aufzulösen, fordern der DGB und seine Mit-
644 gliedsgewerkschaften ein auf zehn Jahre angelegtes
645 Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa. Zu
646 dessen Finanzierung schlagen wir die Gründung eines Fonds
647 vor, dessen Grundkapital von deutscher Seite durch eine
648 einmalige Vermögensabgabe finanziert werden soll, ohne da-
649 bei die breite Masse der Bevölkerung zu belasten. So kann ein
650 großer Teil des erforderlichen Kapitals beigesteuert werden.

651

652 Forderungen des DGB zur Besteuerung großer Vermögen:

- 653 • Der DGB fordert auch aus Gründen der Steuergerechtig-
654 tigkeit, die Vermögen-, Erbschaft- und Grunderwerbsteuer
655 wiederzubeleben bzw. grundlegend zu reformieren.
- 656 • Die Vermögensteuer soll sich auf das Nettovermögen be-
657 ziehen und ab einem Freibetrag von 500.000 Euro gelten.
- 658 • DGB fordert eine höhere Besteuerung großer Erbschaften
659 und die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Sie dürfen
660 die Substanz von Betriebsvermögen der Realwirtschaft
661 nicht gefährden.
- 662 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine
663 dringend fällige Reform der Grunderwerbsteuer, um Um-
664 gehungsmöglichkeiten einzudämmen.
- 665 • Bei der Grundsteuer fordert der DGB eine zeitnähere und
666 damit realistischere Bewertung von Immobilien. Zudem
667 muss die Möglichkeit, die Grundsteuer als Nebenkosten
668 auf die Mieter abzuwälzen, aus dem Mietrecht gestrichen
669 werden.
- 670 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine
671 einmalige Abgabe auf sehr hohe Vermögen. Diese sollte
672 drei Prozent auf alle privaten Vermögen ab 500.000 Euro
673 bei Ledigen und 1 Million Euro bei Verheirateten betra-
674 gen.

675

676 **4. Für eine Finanztransaktionsteuer ohne Wenn und**
677 **Aber!**

678 Dass Beharrlichkeit und breite gesellschaftliche Bündnisse zum
679 Erfolg führen, zeigt sich in der Steuerpolitik nirgends besser
680 als in der Kampagne für die Einführung einer Finanztransakti-
681 onsteuer. Von der herrschenden Politik noch vor wenigen Jah-
682 ren als abwegige Idee abgetan, hat sich mittlerweile eine
683 Reihe von EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, zusam-
684 mengefunden, um eine Etablierung der Anti-Spekulations-
685 steuer auf dem Wege einer verstärkten Zusammenarbeit zu
686 ermöglichen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften be-
687 grüßen ausdrücklich, dass sich auch die neue Bundesregie-
688 rung dazu verpflichtet hat, diesen Weg weiter zu gehen und
689 eine europaweite Einführung nach Kräften zu unterstützen.

- 690 • Wir fordern die Bundesregierung auf, sich weiterhin und
691 unbeeindruckt von Interessen der Finanzindustrie für eine
692 umfängliche Besteuerung ohne Ausnahmen für einzelne
693 Spekulationsinstrumente einzusetzen.

694

695 **5. Gegen den Wettlauf um die niedrigsten Unterneh-**
696 **menssteuern**

697 Deutschland hat wie andere Länder auch in den vergangenen
698 Jahren beim Wettlauf um die niedrigsten Unternehmens-

699 steuern keine rühmliche Rolle gespielt. Die OECD-Staaten, ins-
700 besondere aber die Europäische Union, sind daher gefordert,
701 den für alle kontraproduktiven Wettbewerb um die niedrigsten
702 Unternehmenssteuern zu beenden. Nur so werden die Unter-
703 nehmensteuern wieder einen substanziellen Beitrag zum ge-
704 sellschaftlichen Fortschritt leisten. Wie Untersuchungen des
705 Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigen,
706 liegt im Ergebnis die Besteuerung von Unternehmensgewin-
707 nen in Deutschland unter dem Niveau der Mehrzahl anderer
708 großer Industrienationen. Im Gegensatz zu den versprochenen
709 Effekten haben die Steuersenkungen und -befreiungen nicht
710 zu einer nachweisbaren Erhöhung der Investitionstätigkeit der
711 Kapitalgesellschaften geführt. Auch der große Umfang, in dem
712 deutsche Unternehmen ihre Verluste zur Minimierung ihrer
713 Steuerzahlungen auf spätere Jahre verteilen dürfen, ist inter-
714 national nicht selbstverständlich.

715

716 Während sich die Finanznot der Kommunen ständig ver-
717 schärft, erhöht die Wirtschaft ihre Ansprüche an die Bereitstel-
718 lung öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungsangebote.
719 Auch aus diesem Grund stehen alle unternehmerisch Tätigen
720 in der Pflicht, einen höheren Beitrag zur Finanzierung von
721 Städten und Gemeinden zu leisten.

722

723 Forderungen des DGB zur Unternehmensbesteuerung:

- 724 • Die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf
725 15 Prozent ist rückgängig zu machen.
- 726 • Die Steuerfreiheit auf die Veräußerung von Anteilen an
727 Kapitalgesellschaften ist wieder aufzuheben.
- 728 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine
729 Überprüfung und Beschränkung der Möglichkeiten, Ver-
730 luste zur Steuerminimierung auf spätere Jahre zu ver-
731 teilen.
- 732 • Die Gewerbesteuer ist zu einer Gemeindegewerbesteuer
733 fortzuentwickeln, die nicht mehr nur willkürlich auf
734 gewerblich tätige Unternehmen begrenzt ist, sondern
735 auch die wachsende Zahl von Freiberuflern einschließt.
736 Die Steuerbemessungsgrundlage ist stärker auf die ge-
737 samte Wertschöpfung zu beziehen.

738

739 **6. Für einen effektiven Steuervollzug und eine** 740 **Stärkung der internationalen Zusammenarbeit**

741 Die besten Steuergesetze sind wirkungslos, wenn ihre Durch-
742 setzung nicht sichergestellt ist. Jahr für Jahr ermitteln die Fi-
743 nanzministerien der Länder, dass die Personalausstattung der
744 Finanzämter immer weiter hinter dem für eine gerechte und
745 gleichmäßige Besteuerung erforderlichen Personalbedarf

746 zurückbleibt. Von diesem Defizit profitieren insbesondere
747 große Unternehmen und sehr vermögende Personen, die ihre
748 Gewinne und Vermögen auf intransparenten Wegen
749 grenzüberschreitend verlagern. Für eine sorgfältige Prüfung in
750 diesen Bereichen fehlt den Kolleginnen und Kollegen der Fi-
751 nanzverwaltung wegen zunehmender Arbeitsverdichtung
752 regelmäßig die Zeit.

753

754 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen
755 nachdrücklich den Aktionsplan gegen Gewinnkürzungen und
756 Gewinnverlagerungen multinational tätiger Unternehmen
757 (BEPS) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit
758 und Entwicklung (OECD). Dieser soll verhindern, dass multina-
759 tionale Unternehmen unter Ausnutzung von international
760 nicht abgestimmten Steuerregeln ihre Steuerlast zu Lasten der
761 Allgemeinheit reduzieren. Einem international abgestimmten
762 Vorgehen gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung ist
763 Vorrang vor bilateralen Regelungen, wie dem zu Recht ge-
764 scheiterten deutsch-schweizerischen Steuerabkommen,
765 einzuräumen. Nur so können auf Dauer wirksame und schwer
766 zu umgehende Regeln für Angelegenheiten der grenzübergrei-
767 fenden Besteuerung geschaffen werden. Von besonderer
768 Bedeutung ist dabei, dass die Finanzverwaltung Kenntnis über
769 die eigentlichen wirtschaftlich Berechtigten von Konten und
770 Vermögensgegenständen erhält.

771

772 Forderungen des DGB für einen effektiveren Steuervollzug:

- 773 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verlangen,
774 dass der Personalbestand in den Finanzverwaltungen an
775 den von den Finanzministerien selbst ermittelten Bedarf
776 nach oben angepasst wird.
- 777 • Regelwerke zum Informationsaustausch in Steuerange-
778 legenheiten sind europäisch wie international zu verbes-
779 sern und von Ausnahmen für bestimmte Einkunftsarten
780 zu bereinigen.

781

782 Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, durch ein Co-
783 untry-by-Country Reporting länderbezogene Rechenlegungs-
784 und Offenlegungspflichten zu erfüllen. Nur so ist eine länder-
785 bezogene Wertschöpfungsbasis für die Unternehmensbesteue-
786 rung zu ermitteln.